

Umweltpolitische Steuerung und Beratung aus psychologischer Sicht

Einführung zum Schwerpunktthema

Joachim Schahn, Hellmuth Lange & Thomas Martens



Joachim Schahn

Promotion zum Thema Mülltrennung und Müllvermeidung, Fragebogenkonstruktion im Bereich Umweltbewusstsein, Praxisprojekt zum Energiesparen. Interessen im Bereich der Umweltpsychologie: Erfassung und Förderung von Umweltbewusstsein und umweltbezogenem Verhalten, Umwelt und Gesundheit, Lärmwirkungsforschung. Akad. Oberrat am Psychologischen Institut der Universität Heidelberg. Mitherausgeber von „Umweltpsychologie“.



Hellmuth Lange

Studium der Politikwissenschaften und Soziologie an den Universitäten Marburg und München. 1973-2007 Professor an der Universität Bremen. 1999-2005 Sprecher der Sektion „Soziologie und Ökologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Seit 2007 Gastprofessor bei: artec, Forschungszentrum Nachhaltigkeit; Jawaharlal Nehru University, Neu Delhi; Beijing Language and Culture University, Peking. Forschungsschwerpunkte: Wissenschafts- und Techniksoziologie; Sozialwissenschaftliche Umweltforschung in den Feldern Umweltbewusstsein und Verhalten, Umweltmanagement in Unternehmen, Klimawandel und regionale Anpassung, und Lebensstile und Konsum der „neuen Mittelklassen“ im Globalen Süden. Gastherausgeber dieses „Umweltpsychologie“-Schwerpunktthemas.



Thomas Martens

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Forschungsinteressen: Kognitive, affektive und motivationale Lern- und Handlungsregulation, formatives Assessment für die Unterstützung von Lernprozessen, Anwendung von Mischverteilungsmodellen in der Kompetenzmessung, Evaluation und Qualitätsmanagement an Schulen. Mitherausgeber von „Umweltpsychologie“.

1 Anlage des Schwerpunktthemas

Die Wahl dieses Schwerpunktthemas war vor allem von der Frage motiviert, ob politische Interventionen die von ihnen angestrebten Effekte auf Verhaltensebene auch tatsächlich erreichen, d.h. insbesondere welche umweltpolitischen Maßnahmen zur Änderung des individuellen Verhaltens führen. Neben der besonderen Berücksichtigung der umweltpsychologischen Forschungsperspektive sollten hierbei auch die benachbarten Disziplinen berücksichtigt werden. Damit zielte der Call explizit auf die Relevanz der Schnittstellen zwischen individuellen und überindividuellen Aspekten des gesellschaftlichen Handelns. Der Call war hiermit zugleich eine Einladung zur wissenschaftlichen Reflektion der Schnittstellen von Umweltpolitik und Umweltpsychologie. Diese Art der Reflektion setzt natürlich die Bereitschaft zur Überschreitung von streng disziplinären Grenzen voraus – nicht nur innerhalb der zu erwartenden wissenschaftlichen Beiträge, sondern auch in der Herausgebergruppe. In letzterem Sinne wurde Hellmuth Lange als Soziologe und Politikwissenschaftler als Mitherausgeber des Heftes gewonnen.

Die Herausgeber hatten erwartet, dass diese Forschungsfrage in verschiedenen Kontexten bearbeitet wird, und mit entsprechenden Einreichungen gerechnet. Der „Call for Papers“ rief zur Einreichung von Beiträgen zu den folgenden Themenkomplexen auf:

- Akzeptanz und Verhaltenswirksamkeit umweltpolitischer Maßnahmen;
- Wahrnehmung und Kommunikation von Umweltrisiken;
- Politikberatung hinsichtlich psychologischer Phänomene;

- Evaluation von Partizipationsprozessen;
- Mediationsverfahren im umweltpolitischen Bereich;
- Konflikte zwischen Umwelt- und Naturschutz;
- Evaluation von Kampagnen;
- Verstärkung von Kampagneneffekten;
- Rolle und Verhaltensrelevanz von langfristigen Zielen und Visionen.

Leider hat sich die Hoffnung der Herausgeber auf entsprechend thematisch ausgerichtete Forschungsbeiträge nicht erfüllt. Stattdessen ist eine heterogene Mischung von Beiträgen eingereicht worden, die von konzeptuellen Beiträgen bis zu empirischen Forschungsarbeiten und einem Praxisbericht reichen und sich nur recht locker an dem generellen Motto des Calls orientieren. Die Heterogenität bezieht sich dabei nicht etwa auf die Art, sondern auf die *Themen und Inhalte* der Beiträge. Vergleichbare Konzepte oder gar die Kumulation von Erkenntnissen sind hierbei kaum festzustellen. Das kann vor dem Hintergrund des ursprünglichen Anspruchs zwar nicht befriedigen, ist aber wohl eine realistische Bestandsaufnahme des umweltpsychologischen Feldes im Bereich der Umweltpolitik. Diese Kritik ist also eine, die vor allen Dingen auf den Zustand des Forschungsfeldes als solches abzielt, nicht aber auf die einzelnen, weitgehend unabhängigen Beiträge, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

2 Die Beiträge im Schwerpunkt

Im konzeptuellen Beitrag von Maik Adomßent wird die Rolle von Wissen und Wissenskommunikation bei der umweltpolitischen Verständigung analysiert: An die Wissenschaft wird der Anspruch herangetragen, Wissen für die Bewältigung der Herausforderungen im Umweltbereich zur Verfügung zu stellen und verständlich zu kommunizieren.

ren. Ein besonderes Augenmerk wird bei der Analyse auf das Verhältnis von politisch-gesellschaftlichem und individuellem Handeln gerichtet. Gesellschaftliche Organisationen nehmen nach Adomßent auf der Meso-Ebene eine mittlere Position ein und stehen mit der politischen und der individuellen Ebene im Wechselspiel. Wissen und Handeln erscheinen im Lichte der Ipsativen Handlungstheorie als deutlich kontextgebunden an die Lebensumstände der betreffenden Individuen. Daraus werden dann spezifische Konsequenzen für die Gestaltung von kommunikativen Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit abgeleitet.

Irina Rau, Götz Walter und Jan Zoellner setzen sich in ihrem ebenfalls theoretischen Beitrag mit der häufig verwendeten „NIMBY-Metapher“ auseinander („Not-in-my-backyard“), nach der Menschen dann gegen eigentlich als notwendig erachtete Infrastrukturprojekte opponieren, wenn diese vor ihrer Haustür gebaut werden sollen und für sie persönlich auch mit Nachteilen verbunden sind. Sie berichten und systematisieren dabei Literatur und empirische Befunde und kommen zu dem Ergebnis, dass „NIMBY“ als Begründungsmuster für lokale Oppositionsprozesse im Bereich der erneuerbaren Energien nicht ausreicht. Aus wissenschaftlicher Sicht kann ein differenziertes Verständnis möglicher Oppositionsgründe identifiziert werden, womit sich die Forderung verbindet, dass diese Erkenntnisse ihren Eingang in die Praxis finden müssen.

Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft wird oft das mangelnde umweltschonende Handeln und die Indifferenz gegenüber Umweltbedrohungen beklagt, nach Erklärungen dafür gesucht und Methoden entwickelt, umweltgerechtes Handeln zu fördern. Andererseits gibt es Men-

schen, die schon jetzt außerordentlich motiviertes und manchmal auch für sie selbst kostspieliges Handeln zeigen. Das gilt insbesondere für die Mitglieder von Umweltverbänden und -organisationen. Die motivationalen und psychologischen Voraussetzungen für dieses Engagement in Umweltorganisationen werden von Marcel Hunecke und Anne Ziesenitz empirisch untersucht. Als Prädiktoren ziehen sie dabei Normen, Werte, Copingstile und die Geschlechtsrollenorientierung der Betroffenen heran, deren Ausprägung sie zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern vergleichen. Ferner unterscheiden sie haupt- und ehrenamtliche Mitglieder der Organisationen und kommen dabei zu dem Ergebnis, dass es nicht dieselben Variablen sind, die zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern einerseits und haupt- und ehrenamtlichen andererseits differenzieren lassen. Die gefundenen motivationalen Grundlagen können möglicherweise für die weitere Rekrutierung und Förderung von Umweltaktivisten genutzt werden. – Der Artikel von Hunecke und Ziesenitz ist der einzige im klassischen Sinne empirische Beitrag im Rahmen dieses Schwerpunkts.

Psychologisch begründete Interventionen zur Förderung von umweltschonendem Verhalten sind oft sehr aufwändig und werden daher selten umgesetzt. Partizipative Interventionen scheinen hier ein Ausweg zu sein, da sie den Aufwand bei den InitiatorInnen reduzieren und gleichzeitig die Motivation bei den Betroffenen stärken – so sagt es zumindest das Konzept. Florian Kaiser, Diana Woelki und Leonora Vllasaliu argumentieren hingegen unter Rückgriff auf zahlreiche empirische Ergebnisse, dass eine intrinsische Umweltmotivation eher die Voraussetzung für die Teilnahme an Partizipationsprozessen ist und nicht umgekehrt. Gegenteilige Forschungsbefunde werden

von ihnen mit Selbstselektionsmechanismen erklärt. Schließt man sich dieser Meinung an, taugen partizipative Ansätze nicht zur Motivationsstärkung, sondern die Teilnahme an partizipativen Prozessen setzt vielmehr schon eine besonders hohe Motivation voraus. Handelt es sich hierbei um das Problem mit der Henne und dem Ei (beide Wege sind prinzipiell möglich), ist eine weitere Differenzierung erforderlich, oder können wir partizipative Ansätze tatsächlich als unpraktikabel zu den Akten legen? Auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene spricht manches auch dafür, dass die Zielsetzung partizipativer Verfahren nicht so sehr in der Bestärkung umweltpolitischer Motivationen von Individuen und umso mehr (a) in der Erhöhung der Qualität umweltpolitischer Entscheidungen durch die Integration der Expertise von Personen bzw. Akteuren liegt, die nicht zum politisch-administrativen System gehören; und (b) als Mittel zur Erhöhung der Akzeptanz und Legitimation von Entscheidungen durch entsprechende Verfahren dienen können. Wie auch immer: Die Herausgeber sind sicher, dass der Beitrag zu interessanten und inhaltlich wichtigen Diskussionen herausfordert.

Heike Köckler stellt das Modell „MOVE“ vor, das sich inhaltlich mit der Bewältigungskapazität von Haushalten (der hier angesetzten Analyseinheit) hinsichtlich Bedrohungen der Umweltgüte beschäftigt. Zielvariable sind dabei Bewältigungshandlungen der Haushaltsmitglieder, vor allem das Einbringen in politisch-gesellschaftliche Entscheidungen. Das Modell integriert mit der Theorie des geplanten Verhaltens (Theory of Planned Behavior, TPB) und der Ressourcenerhaltungstheorie (Conservation of Resource Theory, COR) zwei prominente Ansätze, die bisher unterschiedliche Gültig-

keitsbereiche und Anwendungsfelder beanspruchten. Das Modell soll die Möglichkeit bieten, verschiedene Aspekte umweltbezogener Verfahrensgerechtigkeit untersuchbar zu machen, die hier die zentrale Betrachtungsebene darstellt. Empirische Untersuchungen dazu sind gerade im Gange.

Silvie Krämer schließlich steuert einen Praxisbericht zu dieser Artikelsammlung bei. Sie illustriert, warum Hilfsmaßnahmen in Entwicklungsländern, die oft Gesundheits- und Umweltaspekte integrieren, an die Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst werden müssen. Ihre Erfahrungen sind ein Plädoyer für die Angemessenheit psychologischer Betrachtungsweisen und den Einsatz psychologischer Methoden.

In der summarischen Zusammenschau der in den Artikeln angesprochenen Themen und Herangehensweisen fallen insbesondere zwei Punkte auf:

- Nur ein einziger Beitrag ist empirisch im engeren Sinne. Anscheinend ist Umweltpolitik aus psychologischer Sicht, also der Schnittpunkt zwischen Individuum und Gesellschaft, kein Feld, in dem umfangreiche empirisch-psychologische Forschung stattfindet. Gründe hierfür könnten spekulativ die geforderte Interdisziplinarität, aber auch die Schwierigkeit sein, in einem Umfeld mit überindividuellen gesellschaftlichen Akteuren geeignete Untersuchungen durchzuführen.
- Die Artikel berühren zwar alle Aspekte der Umweltpolitik, jedoch nicht in dem Sinne, in dem wir den Schwerpunkt ursprünglich konzipiert hatten (s.o.). Auch aus theoretischer Perspektive scheint also umweltpolitische Steuerung und Beratung nur für wenige ein interessantes Arbeitsgebiet zu sein.

Trotz der aus Sicht der Herausgeber großen gesellschaftlichen Bedeutung einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung umweltpolitischer Prozesse spricht die Ausrichtung dieses Schwerpunktthemas die forschenden Umweltpsychologen und allgemeiner die forschenden Sozialwissenschaftler offenbar nicht an. Warum könnte dies so sein? Die Herausgeber können sich hierfür zwei Begründungshypothesen denken: (1) Das Thema umfasst gesellschaftliche Akteure und Prozesse und liegt daher außerhalb des üblichen Fokus einer auf individuelles Erleben und Verhalten ausgerichteten Psychologie. Ferner liegt es auch im Schnittpunkt von psychischen und physischen Bedingungen, die auch (oder vor allem?) die Naturwissenschaften ansprechen. (2) Eng damit verknüpft ergibt sich daraus im Bereich der Forschung die Forderung nach Interdisziplinarität, da die Perspektiven einer einzelnen Wissenschaft zur Erfassung der Phänomene und Lösung der Probleme nicht ausreichend ist. Im Folgenden gehen wir besonders auf diesen Aspekt der Interdisziplinarität ein.

3 Die Rolle der Interdisziplinarität im Bereich der Umweltpolitik

Dass sich Fragen des Wechselverhältnisses von Umwelt und Gesellschaft aufgrund ihrer Komplexität nur im Rahmen eines interdisziplinären Herangehens angemessen verstehen und beeinflussen lassen, ist heute im Bereich der Wissenschaften weithin akzeptiert, gerade auch in den Sozialwissenschaften. In der Praxis der Forschung setzt sich diese Perspektive allerdings nur langsam und mit anhaltenden Schwierigkeiten durch.

Das ist weniger überraschend, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Tatsächlich wiederholt sich darin eine Verzögerung, die

den Aufstieg des Umweltschutzes zu einem akzeptierten gesellschaftlichen Thema von Anfang an begleitet. Natürlich haben zahlreiche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit vielfältigen Beiträgen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Umweltschutz als systemisch angelegtes Konzept (im Unterschied zu Naturschutz als Konzept zum Schutz einzelner Arten und Biotope) schließlich zu einem gesellschaftlichen Kernthema geworden ist. Man denke etwa an den Biologen Ernst Haeckel, der den Begriff „Ökologie“ geprägt hat, oder auch an den Ökonomen Karl Marx und sein Konzept vom „Stoffwechsel“ zwischen Mensch bzw. Gesellschaft und Natur. Zu einem der wissenschaftlich und politisch akzeptierten Großthemen wurde „Umweltschutz“ gleichwohl erst im Verlaufe der 1970er Jahre (Roth & Rucht, 2008). Dabei ging eindeutig nicht die Wissenschaft voran, sondern die Politik: Tatsächlich wurde der Naturschutz als etablierte politische Bewegung seit den ausgehenden 1960er Jahren in der öffentlichen Debatte immer stärker vom Thema „Umweltschutz“ überlagert und auf ein Teilthema des Komplexes „Umwelt“ zurückgestuft (Küppers, Lundgreen & Wein-gart, 1978). Die Stockholmer Umweltkonferenz der Vereinten Nationen des Jahres 1972 markiert hier einen ersten Abschluss. In der Bundesrepublik Deutschland kommt die neue sozialliberale Regierung bereits 1969 mit einem eigenen Umweltprogramm heraus. Ein ähnlicher Prozess, nun zulasten von „Umwelt“, wiederholt sich seit den 1990er Jahren mit dem Aufstieg der „Nachhaltigkeit“ zum neuen gesellschaftlichen Rahmenthema. Auch hier geht die Initiative ungeachtet aller Wechselwirkungen vor allem von der Politik aus, während die Wissenschaften, jenseits von eng begrenzten Fachkreisen, Mühe haben, sich auf die neue Thematik einzustellen.

Innerhalb der Wissenschaften sind es vor allem Teile der Natur- und Ingenieurwissenschaften, die sich als Erste ans Werk machen. Man denke an die Welle der Weltmodelle zur szenarienorientierten Ermittlung möglicher Grenzen des Wachstums des Ressourcenverbrauchs im Anschluss an die betreffende Studie von Meadows und anderen (z.B. Meadows, 1972) oder, ein Jahrzehnt später, an die Arbeiten im Rahmen der Internationalen World Meteorological Organization (WMO) und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG). In den Sozialwissenschaften fällt es noch einmal deutlich schwerer, sich überhaupt mit nicht-gesellschaftlichen Determinanten des Gesellschaftlichen zu befassen, gleichgültig, ob im Bereich von Natur, Umwelt oder Nachhaltigkeit. Was mit Bezug auf diese Zurückhaltung gegen die Soziologie ins Feld geführt wurde – sie betrachte gesellschaftliche Prozesse „as if nature did not matter“ (Murphy, 1995) – traf zunächst auch auf andere Sozialwissenschaften zu. Gründe dieser Zurückhaltung liegen sowohl in professionspolitischen Selbstbehauptungsstrategien der noch jungen Sozialwissenschaften (soziale Prozesse nicht naturalistisch, sondern nur durch soziale Fakten erklären!) als auch im zeitweilig sehr breit getragenen industriegesellschaftlich geprägten Fortschrittsoptimismus (Groß, 2001).

Unbeschadet solcher Gemeinsamkeiten taten sich jedoch die verschiedenen Sozialwissenschaften auch in sehr unterschiedlichem Maße schwer, produktiv auf den Aufstieg der „Umwelt“ zu einem gesellschaftlichen Kernthema zu reagieren. Mit die größten Schwierigkeiten zeigten sich in der Soziologie (Lange, 2011). Deutlich unkompliziertere Zugänge ergaben sich demgegenüber für die Psychologie. Ihre disziplinspezifische Fokussierung auf individuelle Wahrneh-

mungs- und Handlungsmuster erwies sich als hochgradig kompatibel mit einem der wichtigsten, und in der öffentlichen Kommunikation der 1970er bis 1990er Jahre sogar dem vielleicht wichtigsten Thema des Umweltdiskurses: dem Verhältnis von (individuellem) Umweltbewusstsein und tatsächlichem Umweltverhalten (Homburg & Matthies, 1998; Lantermann & Linneweber, 1996; Hellbrück & Fischer, 1999).

Dem ist allerdings bald entgegengehalten worden, dass individuelles Verhalten nur angemessen verstanden werden kann, wenn es im Zusammenhang seiner gesellschaftlichen Kontexte analysiert wird. Dies war zum einen ein Plädoyer für die Wahl einer komplexeren Perspektive innerhalb der Psychologie selbst (etwa Schahn, 1995; Fuhrer, 1995; Homburg & Matthies, 1998), daneben aber auch zur Erweiterung der Perspektive über psychologische Fragestellungen hinaus in Richtung auf gesellschaftliche Gegebenheiten, die einerseits zwar auch auf individuelles Verhalten zurückgehen, die dem andererseits aber vorausgesetzt sind – in Gestalt von Normen und Werten, von Kulturen, von Institutionen, von Machtverhältnissen und nicht zuletzt von Infrastrukturen und anderen materiellen Gegebenheiten (etwa Lange, 2000; Pöferl, Schilling & Brand, 1997). Damit kommen in disziplinärer Hinsicht neben der Psychologie auch andere Sozialwissenschaften ins Spiel, die Soziologie ebenso wie die Ökonomie, die Politikwissenschaft, die Geographie, von den diversen Naturwissenschaften ganz zu schweigen.

Für diese Perspektive hat sich der Begriff der *Interdisziplinarität* eingebürgert, und damit kommen wir zum Anfang unserer Überlegungen zurück: Spätestens seit die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung auf mehr Nachhaltig-

keit akzeptiert wird – und das ist heute weithin der Fall – gibt es auch in den Sozialwissenschaften keine ernsthaften Einwände mehr gegen die Notwendigkeit des interdisziplinären Dialogs, interdisziplinär angelegter Forschung und der interdisziplinären Integration von Ergebnissen. Diese Überlegung stand auch hinter der Entscheidung, einen Schwerpunkt zum Thema „Umweltpolitische Steuerung und Beratung aus psychologischer Sicht“ auszuschreiben.

Interdisziplinarität bedeutet jedoch nicht die Preisgabe von Disziplinarität, sondern im Gegenteil die Zusammenführung disziplinärer Herangehensweisen und Befunde, freilich auch die Relativierung von Herangehensweisen und Befunden der einen Disziplin durch solche benachbarter Disziplinen. Wie lassen sich derartige Prozesse ins Werk setzen? In größeren interdisziplinären Verbundprojekten, wie sie etwa in der Förderung der Klima- und Nachhaltigkeitsforschung durch das BMBF gefordert und realisiert werden, stellt sich die Herstellung aktiver Interdisziplinarität in hohem Maße als eine Kernaufgabe der Forschungsorganisation und damit auch des Forschungsmanagements dar. Die wichtigste Entsprechung und Voraussetzung auf individueller Ebene – in derartigen Projektzusammenhängen ebenso wie in Arbeitskontexten, die von vorneherein individuell angelegt sind, und nicht zuletzt in Einzelbeiträgen zu interdisziplinär geöffneten Themenheften wissenschaftlicher Zeitschriften – besteht wohl darin, dass es bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine nennenswerte Bereitschaft geben muss, neuere Entwicklungen in benachbarten Disziplinen und in den möglicherweise noch wichtigeren subdisziplinären Diskursgemeinschaften zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Ohne dies bleibt der Ruf nach Interdisziplinarität eine unver-

bindliche Floskel, heute und auch in Zukunft.

Der Call für das Schwerpunktthema wurde speziell mit Blick auf die Tatsache entworfen, dass Umweltschutz auf der politischen Meso- und Makroebene immer auch mit Umweltschutz auf der individuellen Mikroebene verknüpft sein muss – und dass diese Verknüpfung in beide Richtungen bedeutsam ist. Politische Maßnahmen „von oben“ müssen vom Einzelnen akzeptiert und in entsprechende Handlungen umgesetzt werden. Politische Ideen „von unten“ – zumindest die der demokratischen Mehrheit – müssen in das bestehende politische Regelungs- und Institutionen- und Akteurssystem eingepasst werden. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit für die Wucht der politischen Prozesse „von unten“ ist die durch die Katastrophe in Fukushima ausgelöste Energiewende der schwarz-gelben Bundesregierung. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass es zu einem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland kommen könnte? Dass das Thema „Radioaktivität“ – zumindest in Deutschland – ein ganz besonderes Potential für Aktivierung von umweltpolitischen Aktivitäten hat, konnte schon von Martens (2000) nachgewiesen werden. Tatsächlich zielte der Call explizit auf die Relevanz der Schnittstellen zwischen individuellen und überindividuellen Aspekten des gesellschaftlichen Handelns. Damit verstand er sich zugleich als Einladung zur wissenschaftlichen Reflexion der Schnittstellen von Umweltpolitik und Umweltpsychologie.

Und wie wurde die Idee dieses Heftes nun in den Beiträgen aufgenommen? Zunächst lässt sich feststellen, dass sie überhaupt aufgenommen wurde. Vergewegenwärtigt man sich, wie groß der Abstand zwischen programmatischer Zustimmung zur Forderung

realen Umsetzung dieser Forderung in der Praxis der Forschung generell noch immer ist, so erscheint es durchaus nicht trivial, dass dies gelungen ist. Ein schönes Beispiel für den Grenzgang zwischen Umweltpolitik und Umweltpsychologie ist der Beitrag von Irina Rau, Götz Walter und Jan Zoellner. Hier wird aufgezeigt, dass die häufig verwendete „NIMBY-Metapher: Not-in-my-backyard“ als Begründungsmuster für lokale Oppositionsprozesse nicht taugt und ein differenziertes Verständnis möglicher Oppositionsgründe identifiziert werden muss. Eine ähnliche Perspektive nimmt der Praxisbericht von Silvie Krämer ein. Hilfsmaßnahmen in Entwicklungsländern, die oft Gesundheits- und Umweltaspekte integrieren, sollen an die Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst werden. Das ist natürlich keine neue Forderung, aber eine, die immer wieder aktualisiert werden muss. Die beiden Beiträge von Heike Klöckner und Maik Adomßent nehmen dagegen eine stark reflexive Perspektive auf das Zusammenspiel von Makro- und Mikroprozessen ein. Während der Beitrag von Adomßent die möglichen Wissensprozesse untersucht, stellt Klöckner die Bewältigungskapazität von Haushalten im Sinne von Verfahrensgerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Beide Beiträge werfen viele Fragen auf, die zum Nachdenken anregen. Die Beiträge von Florian Kaiser, Diana Woelki und Leonora Vllasaliu einerseits sowie derjenige von Marcel Hunecke und Anne Ziesenitz andererseits nehmen dagegen eine konsequent individualpsychologische Perspektive ein; umweltpolitische Rahmenbedingungen sind dort lediglich der Hintergrund, vor dem die Analysen eine Bedeutung erhalten.

Trotz einiger positiver Ansätze muss festgestellt werden, dass es eine systematische wissenschaftliche Sichtweise der Psychologie auf Prozesse der umweltpolitischen Steuerung und Beratung nicht gibt, zumindest nicht eine, die deutlich erkennbar ist. Eine solche wissenschaftliche Betrachtungsweise wäre aber gerade vor dem Hintergrund anstehender Umstrukturierungsprozesse etwa im Energiesektor dringend notwendig. Es kann nur gehofft werden, dass sich die Strukturen für entsprechende Forschungsunternehmungen in Zukunft verbessern, etwa durch eine stärkere Interdisziplinarität der universitären Gremien, der Forschungsförderung und der wissenschaftlichen Veröffentlichungsorgane.

In dem Maße wie Nachhaltigkeit auch im Bereich der Sozialwissenschaften zu einem immer umfassender bestimmenden Rahmenthema der Forschung und ihrer Anwendungsperspektiven wird, tritt die Frage nach Bedingungen und Möglichkeiten der Beförderung von Wandel immer stärker in den Vordergrund. Es versteht sich, dass interdisziplinäre Ergänzung und wechselseitige Belehrung hier eine *conditio sine qua non* für jede Art von substantiellem Fortschritt darstellt. Dies betrifft neben den Naturwissenschaften auch buchstäblich alle Sozialwissenschaften, insbesondere von der Ökonomie über die Politikwissenschaft zur Soziologie und keinesfalls zuletzt auch die Psychologie. Ein sowohl thematisch als auch konzeptionell relativ umfassender und anspruchsvoller Synthesversuch zum Problem liegt mit dem jüngsten Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen unter dem Thema „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ vor (WBGU, 2011). Inner-

halb dieses Rahmens liegt jedoch noch eine Fülle von Herausforderungen für disziplinäre und interdisziplinäre Forschung. Das ist umso mehr der Fall, als es in Sachen Nachhaltigkeit längst nicht mehr nur um die künftige Entwicklung der hochindustrialisierten OECD-Länder geht, sondern unwiderruflich auch um die gesellschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern und nicht minder um die große Zahl der armen Länder des Globalen Südens. Mit anderen Worten: Das Bild ist nicht einheitlich. Interdisziplinarität bleibt auch im Bereich der Umweltpsychologie eine Herausforderung.

Kontakt

Dr. Joachim Schahn
 Psychologisches Institut der Universität
 Heidelberg
 Hauptstraße 47-51
 D-69117 Heidelberg
 Tel.: ++49 (0) 6221/54-7331
 Fax: ++49 (0) 6221/54-7734
 E-Mail: joachim.schahn@psychologie.uni-heidelberg.de

5 Literatur

- Fuhrer, U. (Hrsg.) (1995). *Ökologisches Handeln als sozialer Prozess*. Basel: Birkhäuser.
- Groß, M. (2001). *Die Natur der Gesellschaft – Eine Geschichte der Umweltsoziologie*. Weinheim: Juventa.
- Hellbrück, J. & Fischer, M. (1999). *Umweltpsychologie. Ein Lehrbuch*. Göttingen: Hogrefe.
- Homburg, A. & Matthies, E. (1998). *Umweltpsychologie*. Stuttgart: Juventa.
- Küppers, G., Lundgreen, P. & Weingart, P. (1978). *Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lange, H. (2000). *Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt – Umwelt im Alltag*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lange, H. (2011). Umweltsoziologie in Deutschland und Europa. In M. Groß (Hrsg.), *Handbuch Umweltsoziologie* (S. 19-53). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Lantermann, E. D. & Linneweber, V. (1996). Umweltpsychologie. In W. Bungard (Hrsg.), *Perspektiven der Psychologie: Eine Standortbestimmung* (S. 129-154). Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Martens, T. (2000). *Kognitive und affektive Bedingungen von Umwelthandeln*. Berlin: dissertation.de [online-Ressource].
- Meadows, D. (1972). *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Murphy, R. (1995). Sociology as if Nature did not Matter: An Ecological Critique. *British Journal of Sociology*, 46, 688-707.
- Poferl, A., Schilling, K. & Brand, K.-W. (1997). *Umweltbewußtsein und Alltagshandeln*. Leverkusen, Leske + Budrich.
- Roth, R. & Rucht, D. (Hrsg.) (2008). *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch*. Frankfurt/Main u.a.: Campus-Verlag.
- Schahn, J. (1995). Psychologische Forschung zu Mülltrennung und Müllvermeidung: Möglichkeiten und Grenzen psychologischer Ansätze zur Förderung umweltschonenden Verhaltens. *Psychologische Rundschau*, 46, 104-114.
- WBGU (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.